

Von: BNN_Redaktion
[mailto:redaktion.leserbriefe@bnn.de]
Gesendet: Mittwoch, **6. November 2013 14:35**
An: dietrich.schulze@gmx.de

Betreff: **Leserbrief**

Sehr geehrte/r Herr Schulze

Sie haben uns soeben über unsere Website einen Leserbrief geschrieben.

Dies ist eine automatische Eingangsbestätigung ohne Berücksichtigung des Inhalts. Wir werden uns so schnell wie möglich um Ihr Anliegen kümmern.

Herzlichen Dank für Ihre Zuschrift und Ihr Interesse an unserer Berichterstattung!

Sie dürfen sicher sein, dass wir alle bei uns eingehenden Briefe sehr genau lesen und die darin geäußerten Meinungen auf die eine oder andere Art wieder in unsere Berichterstattung einfließen.

Bitte haben Sie aber Verständnis, dass wir Leserbriefe nicht veröffentlichen können, wenn Sie keinen direkten Bezug zur lokalen Berichterstattung in Ihrer Ausgabe haben.

Hier Ihre ausgefüllten Daten für Ihre Unterlagen:

Anrede: Herr

Titel: Dr.

Vorname: Dietrich

Nachname: Schulze

Ort: Karlsruhe

E-Mail: dietrich.schulze@gmx.de

Leserbrief zum BNN-Bericht 6. November 2013 „Bald 100 Euro für Aufnahmetest an Uni? Jusos „schockiert“ von Bauers Plänen / SPD-Fraktion will bei Grünen nachkarten“

Wo ist der Unterschied?

Wie Niklas Horstmann - Landeskoordinator der Juso-Hochschulgruppen Baden-Württemberg - erklärt, wittern die Jusos Verrat, sollte die Landesregierung durch die Hintertür neue Studiengebühren in Form von Bewerbungsgebühren bei der Novellierung des Landeshochschulgesetzes einführen. Die BNN berichteten weiter: „In anderen Punkten hat der Parteinachwuchs schon die Hoffnung aufgegeben, dass die Fraktion die jüngsten Parteitage beschließt: Ein Militärforschungsverbot an den Hochschulen ist kein ernstes Thema mehr.“ Auf Antrag der Jusos hatte der SPD-Parteitag beschlossen: "Die Delegierten des SPD-Landesparteitages fordern die baden-württembergischen Landtagsabgeordneten der SPD und die Gremien der Partei auf, in Erfüllung des Wählerauftrags, für eine Aufnahme einer Zivilklausel, die auch für das KIT gilt, in das Landeshochschulgesetz zu sorgen." Die Forderung für eine KIT-Zivilklausel wird bereits seit Februar 2009 aufgrund einer Urabstimmung von den Studierenden erhoben und ist erst kürzlich vom neuen AStA des KIT in das Arbeitsprogramm aufgenommen worden. Wenn der Bericht stimmt, dass der Parteitagebeschluss vom Juso-Landeskoordinator zur Makulatur erklärt worden ist, ist es dann unberechtigt, ebenfalls Verrat zu wittern?

Vielen Dank für Ihren Leserbrief,
Ihre Badische Neueste Nachrichten

Anlagen:

- **BNN-Bericht**
- **SPD-Parteitagebeschluss**

Bald 100 Euro für Aufnahmetest an Uni?

Jusos „schockiert“ von Bauers Plänen / SPD-Fraktion will bei Grünen nachkarten

*Von unserem Redaktionsmitglied
Elvira Weisenburger*

Karlsruhe/Stuttgart. Die Juso-Hochschulgruppen wittern Verrat. „Dass gerade die Landesregierung, die Studiengebühren abgeschafft hat, nun über die Hintertür neue Gebühren einführen will, das hat uns überrascht und schockiert“, erklärt Landeskoordinator Niklas Horstmann im BNN-Gespräch. Was ihn und die SPD-Jugendorganisation so in Rage bringt, sind die geplanten Bewerbungsgebühren für Studierwillige.

Bis zu 100 Euro soll es bald an allen Hochschulen kosten, wenn Bewerber zu einer Aufnahmeprüfung oder einem Auswahlgespräch kommen. Zumindest ließ es Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (Grüne) so in den Entwurf für das

neue Landeshochschulgesetz schreiben. „In Fächern wie Sport, Kunst und Musik sind solche Auswahlverfahren üblich. Wer sich an mehreren Hochschulen bewirbt, kommt schnell auf Kosten von mehreren hundert Euro“, kritisiert Horstmann. Die Befürchtung, dass die eigene SPD-Landtagsfraktion die Parteitagebeschlüsse verrät und sich von Ministerin Bauer „etwas vorsetzen lässt“, versucht Martin Rivoir, wissenschaftspolitischer Sprecher, am gestrigen Abend zu zerstreuen: „Die Muss-Regelung tragen wir nicht mit, sie ist mit der SPD nicht abgestimmt“, erklärt er nach der Fraktionssitzung gegenüber den BNN. Die SPD-Abgeordneten wollten sich nun auf Arbeitskreis-Ebene beim grünen Koalitionspartner dafür einsetzen, dass es bei der Kann-Regelung bleibt und es den

Hochschulen freisteht, ob sie Bewerbungsgebühren erheben.

Die Anhörungsphase für die Gesetzesnovelle endet am 28. November. Ob sich die SPD durchsetzt, bleibt für den Sprecher der Juso-Hochschulgruppen „hoch spannend“. In anderen Punkten hat der Parteienachwuchs schon die Hoffnung aufgegeben, dass die Fraktion die jüngsten Parteitagebeschlüsse umsetzt: Ein Militärforschungsverbot an den Hochschulen ist kein ernstes Thema mehr.

Ministerin Bauer wirbt derweil für ihre Gebührenreform, die auch Erhöhungen beispielsweise für Gasthörerengebühren (25 bis 300 Euro pro Semester statt bisher 25 bis 150 Euro) vorsehen: Im Vergleich zu den früheren 1000 Euro Studiengebühren pro Jahr sei Studieren im Land „sehr viel billiger geworden“.

Anlage: SPD-Parteitagebeschluss 2013 zur Zivilklausel Antragsbuch S. 138

http://spdnet.sozi.info/bawue/dl/Antragsbuch_LPT_Reutlingen_18.-19.09.2013.pdf

Zivilklausel in das Landeshochschulgesetz

Zivilklausel in das Landeshochschulgesetz

5 Die Delegierten des SPD-Landesparteitages fordern die baden-württembergischen Landtagsabgeordneten der SPD und die Gremien der Partei auf, in Erfüllung des Wählerauftrags, für eine Aufnahme einer Zivilklausel, die auch für das KIT gilt, in das Landeshochschulgesetz zu sorgen.

Annahme

Begründung:

10 Auszug aus dem Regierungsprogramm der SPD Baden-Württemberg 2011-2016, das wir beim Landtagswahlkampf 2011 verteilt haben: *“Die Forschung in Baden-Württemberg soll ausschließlich friedlichen Zwecken dienen.“*

15 Die durch öffentliche Gelder finanzierten Hochschulen sind dem Gemeinwohl verpflichtet und müssen daher wissenschaftliche Forschung im Einklang mit einem ethischen Wertegefüge betreiben. Wir sprechen uns daher
20 entschieden gegen eine Vermischung von Atomforschung und Waffenforschung an den landesweiten Hochschulen sowie die Kooperation von universitärer Forschung mit der Rüstungsindustrie aus. Der Fall des KIT zeigt, wie dringlich eine landesweite Regelung hierzu ist.

25 Nur eine im Landeshochschulgesetz verankerte Zivilklausel verhindert öffentlich finanzierte Rüstungsforschung effektiv, ermöglicht öffentliche Diskussionen über strittige Projekte an den Hochschulen und gibt wissenschaftlichen Mitarbeitern einen effektiven Schutz vor gegenläufigen Dienstanweisungen.